

Antifaz

Antifaschistische Zeitung

HEFT 19

Sept/Okt.

4. JAHRGANG 1989

DM 1.50

Schauprozeß

gegen den

kurdischen Befreiungskampf



In diesem Heft :

Einleitung.....	Seite 3
Kurdistan-Schauprozeß.....	Seite 4
Todesschuß auf türkischen Schüler.....	Seite 8
700-Jahr-Feiern der Stadt Haltern.....	Seite 11
Blick nach draußen.....	Seite 12
Antifaschistische Stadtkonferenzen.....	Seite 18
Hilfloser Antifaschismus.....	Seite 20
Professor Pfeifenberger in Münster.....	Seite 24
"Nazis raus" - Aber wohin ?	Seite 28
Impressum.....	Seite 29
Der "Christ" Karl Chaborski in Herne.....	Seite 31
Aufruf bundesdeutscher Musiker.....	Seite 33
Was haben die Kumpel von den Rep's zu erwarten?.....	Seite 34
33 Jahre Verbot der KPD.....	Seite 36

Verkaufsstellen:

Dortmund

- Geschichtswerkstatt
- Atom-Stop-Büro
- Litfaß-Buchladen
- Café Samowar
- Taranta Babu Buchladen
- Akzent-Buchhandlung
- Erpel

Herne:

- Kommühle
- Informationszentrum 3.Welt

Marl

- Bücherladen
- Die Mühlen-Kneipe

Recklinghausen

- Attatroll-Buchladen
- Van-Ahlen-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostladen
- Drübbelken-Kneipe
- Acht-acht-Kneipe
- Grauzone-Kneipe
- Altstadt Schmiede
- Grünes Büro

Dülmen

- Vollkörnchen
- Grünes Büro

Münster

- Cafe Malik
- Cafe Prütt
- Akzent-Buchhandlung
- Frauenstr.24
- Litfaß
- Themroc
- Blechtrommel

Bochum

- Akzent-Buchhandlung

Herren

- Büchereule
- Bioladen

ANZEIGE

Straßencafé



Tel. 0231/104816 So.-Fr. 10-22 Uhr Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) 4600 Dortmund 1

EINLEITUNG

"Sommerloch-Ausgabe" hatten wir die vorhergehende Nummer der **AntifaZ** genannt und hatten dabei wohl selber auch ein wenig gehofft, daß wir für ein paar Wochen Ruhe vor den weiteren Vorstößen der Neofaschisten und Ultrakonservativen in diesem Land haben würden. Eine ziemliche Illusion!

Stattdessen überstürzen sich die Ereignisse.

Bonn mischt kräftig mit im **Flüchtlingspoker** um BürgerInnen, die die DDR verlassen wollen. 50 Jahre nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen wittert der westdeutsche Imperialismus Morgenluft. Eine **Welle des Revanchismus** ist im Entstehen. Unionspolitiker versuchen, mal mehr oder mal weniger in gemeinsamer Regie mit den REPs, die "**Deutsche Frage**" hochzuspielen und ein wenig über die **polnische Westgrenze** zu diskutieren.

Kohl stürzte Geißler; hatte nicht Schönhuber unmittelbar nach den Europawahlen gefordert, Geißler müsse gekippt werden, sonst gebe es keine Koalition der REPs mit der Union?

Neben diesen Aktionen, die im vollen Rampenlicht der Öffentlichkeit vollzogen werden, bereiten die Herrschenden einen **Mammutprozeß gegen 18** inhaftierte **Kurden** vor, mit dem Ziel, die Solidarität mit dem kurdischen **Befreiungskampf** in der BRD zu kriminalisieren und dem faschistischen Regime in der Türkei brüderliche Schützenhilfe zu leisten. In dem Zusammenhang verwundert es nicht, daß die **offizielle Presse**, bis auf den Spiegel, dazu bislang **kein Sterbenswörtchen** verlauten ließ. Auch über den Hungerstreik, der mehrere Wochen in Özals Knästen durchgeführt wurde, war eine nicht gerade üppige Berichterstattung angesagt.

Die **AntifaZ** kann mit ihrer Berichterstattung natürlich kein Gegengewicht gegen die bürgerlichen Zeitungen bilden. Aber jeder, der in dieser Ausgabe über die anstehenden **Kurdenprozesse** liest, ist aufgefordert, anderen davon zu erzählen, um so die faktische Informationssperre zu durchbrechen.

Unser Leitartikel geht ausführlich auf den augenblicklichen Stand der Vorbereitung dieser Prozesse ein. Wir berichten außerdem über die Vorbereitungen zu mehreren **antifaschistischen Konferenzen**, die in Nordrheinwestfalen anstehen, insbesondere die **landesweite Antifa-Konferenz**, die Anfang Dezember voraussichtlich in **Bochum** stattfinden wird.

Die Diskussionen über unterschiedliche Positionen haben zugenommen, hierbei tun sich zur Zeit Teile der **Grünen** hervor, mit einer "**Kritik**" am "**traditionellen Antifaschismus**".

Dazu unser Bericht vom **Streitgespräch** zwischen **Stratmann, MdB, Grüner** und **Meyer, stellvertretender Landesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in NRW**, welches am 17. August in Herne stattfand.

Etwas Erfreuliches für uns AntifaschistInnen im Ruhrgebiet: Die **Antifa-Koordination "Nördliches Ruhrgebiet"** beginnt sich zu stabilisieren - das bedeutet auch eine Stärkung der **AntifaZ**. Neue RedakteurInnen kommen auf uns zu!

Zuversicht und Mut, Solidarität und Erfolg für die anstehenden Kämpfe wünscht Euch allen Eure

AntifaZ-Redaktion

KURDISTAN

Schauprozeß gegen den kurdischen Befreiungskampf



Prozeß. Tatsächlich ist das geplante Verfahren von Umfang und Bedeutung der größte Prozeß gegen eine revolutionäre Arbeiterorganisation in der Bundesrepublik seit dem KPD-Verbotsprozeß. "Dieser Mammutprozeß ist eine neue Herausforderung für die deutsche Strafjustiz. Sie wird sich ihr stellen müssen und stellen", erklärte Rebmann. (1)

20 Kurden und Kurdinnen sollen ab November wegen angeblicher Bildung einer terroristischen Vereinigung und anderer angeblicher Straftaten angeklagt und zu hohen Haftstrafen verurteilt werden. Fünf Anklagen hat Rebmann bisher vorgelegt und beantragt, sie zu einem Verfahren zusammenzufassen.

Aber das Ausmaß der von BRD-Staatschutzorganen errichteten "zweiten Front gegen die PKK" (so türkische Regierungsvertreter über die Verfolgung

Verfahren gegen die Arbeiterpartei Kurdistans vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf

Noch im August erwartet die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die Zulassung ihrer Anklage gegen vermeintliche und wirkliche Mitglieder und Anhänger der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf. Die Vorbereitungen der Bundesanwaltschaft lassen auf einen Schauprozeß von enormem Umfang schließen. Allein der Umbau des Düsseldorfer Gerichts, von der nordrhein-westfälischen Justizverwaltung schon begonnen, bevor irgendein Gericht über die Zulassung der Anklage entschieden hatte, verschlingt über sieben Millionen DM. Die Anwälte der Angeklagten erwarten einen zweijährigen

kurdischer Organisationen in der BRD) ist noch größer. Allein die Bundesanwaltschaft führt nach eigenen Angaben mindestens zwei weitere große Ermittlungsverfahren gegen wirkliche und vermeintliche Mitglieder und Sympathisanten der PKK in der BRD. In einem Verfahren ermittelt sie gegen angeblich 20 Kurdinnen und Kurden, von denen lediglich vier namentlich genannt werden, pauschal wegen "Mitgliedschaft in bzw. Unterstützung der terroristischen Vereinigung im Zusammenhang mit Aktivitäten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und anderer Straftaten" und läßt nach ihnen zum Teil international fahn-

den. Über ein siebtes Ermittlungsverfahren teilt die Bundesanwaltschaft lediglich mit, daß sie gegen mehrere "namentlich bekannte" Kurden wegen angeblicher Morde und Mordversuche fahnde. Bei einem dieser "Morde" fehlt der Bundesanwaltschaft sogar die Leiche: Das vermeintliche Opfer wird "vermißt". Das genügt dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs, um nach zwei angeblich Verdächtigen, deren Namen nicht genannt werden, weltweit fahnden zu lassen.

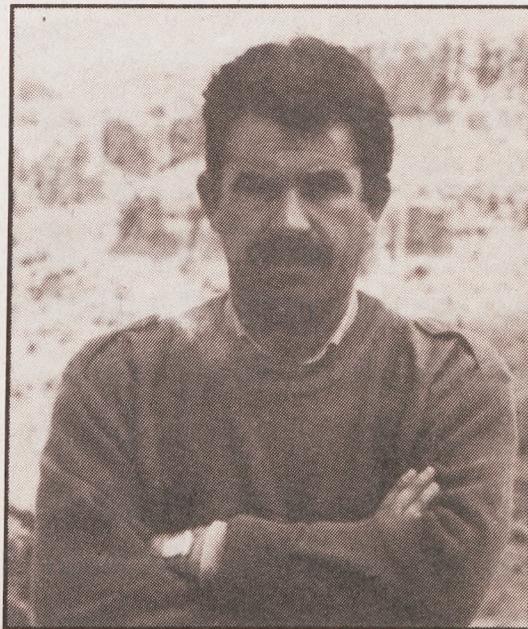
Hilfe für einen verbrecherischen Kolonialkrieg

Was veranlaßt die Bundesanwaltschaft und die mit ihr verbundenen Polizei- und Justizorgane, vom Innen- und Justizministerium und dem Auswärtigen Amt über die Innenministerkonferenz, das Bundeskriminalamt bis zur nordrhein-westfälischen Polizei-Justizverwaltung, mit so fadenscheinigen Anklagen eine so exzessive Verfolgung kurdischer Organisationen von westdeutschem Boden aus zu betreiben?

Die Hoffnungen der Imperialisten und des türkischen Regimes, nach dem Ende des iranisch-irakischen Krieges werde der bewaffnete kurdische Befreiungskampf schwächer werden, haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil gewinnt der Befreiungskampf vor allem in den türkisch besetzten Teilen Kurdistans weiter an Kraft. Trotz grausamster Mittel - selbst die imperialistische Presse räumt ein, daß das NATO-Mitglied Türkei Giftgas gegen kurdische Dörfer und Befreiungskämpfer einsetzt(2) - und trotz immer weiter zunehmendem Truppeneinsatz - allein im Gebiet der Cudi-Berge versuchen zur Zeit 15000 Mann türkischer Luft- und Bodentruppen, Stellungen der Befreiungskämpfer mit dem Einsatz von Bomben und Artillerie zu vernichten(3) - nimmt die Unterstützung für die PKK und die von ihr geschaffene "Nationale Befreiungsfront Kurdistans" (ERNK) ständig weiter zu, wird die "Volksbefreiungsarmee Kurdistans"

(ARGK) so stark, daß die türkischen Truppen Gebiete entlang der Grenze zu Iran und Irak nur noch in großen Einheiten zu betreten wagen.

Die brutalen Übergriffe türkischer Gendarmen und Justizbeamter auf gefangene PKKler in den letzten Wochen, faktisch Geiselmorde, sind ein Zeichen für die wachsende Unruhe, in die das Kolonialregime wegen dieser Entwicklung gerät. Auch die Imperialisten werden zunehmend unruhig. Der kurdische Befreiungskampf droht ihre Position im Nahen und Mittleren Osten nachhaltig zu gefährden. Ein unabhängiges, antiimperialistisches Kurdistan wäre nicht nur eine enorme Ermutigung für andere antiimperialistische Kräfte in der Region. Es würde auch die Energieversorgung des mit dem EG-Binnenmarkt angestrebten imperialistischen "Großwirtschaftsraumes Europa" direkt beeinträchtigen: Mit Ausnahme einer Ölleitung durch den Libanon führen sämtli-



Generalsekretär der PKK, Abdullah ÖCALAN

che Landverbindungen und Pipelines von den Ölquellen des Iran, des Irak, Kuweits und Saudi-Arabiens zum Mittelmeer und damit nach Europa durch kurdisches Gebiet. Ein unabhängiges, antiimperialistisches Kurdistan zu verhindern, ist deshalb das gemeinsame Ziel der NATO, aber auch "neutralen" Staaten wie Schweden, der Schweiz und Österreichs.

Die BRD auf dem Weg zur Kriegspartei im Kolonialkrieg gegen das kurdische Volk

Für die BRD kommt noch ein weiterer Grund dazu. Keine andere imperialistische Macht hat so viel Kapital in der Türkei angelegt wie die westdeutschen Konzerne. Keine andere imperialistische Macht hat auch ihre Nahost- und Mittelostexpansion so eng mit dem Schicksal des türkischen Regimes verbunden wie die BRD. Seit 1963 in der NATO für die "Türkeihilfe" und die Ausbildung türkischer Militärs zuständig, hat die BRD seit dem Putsch 1980 das türkische Regime u.a. mit Waffen im Wert von mehreren Milliarden DM versorgt. (4) Ein großer Teil davon diente direkt als Nachschub für den Kolonialkrieg in Kurdistan. Die direkte und indirekte Beteiligung westdeutscher Militärs, Konzerne, Polizei und Geheimdienste am türkischen Kolonialkrieg in Kurdistan dürfte inzwischen stärker sein als die westdeutsche Beteiligung am portugiesischen Kolonialkrieg in Afrika in den Sechziger und frühen Siebziger Jahren. Vermutlich hat man sich in Kreisen der westdeutschen Sicherheitsorgane längst auf eine noch stärkere Intervention der BRD in den Kolonialkrieg gegen das kurdische Volk eingestellt. Schließlich liegt

der türkisch besetzte Teil Kurdistans direkt im NATO-Vertragsgebiet und fällt somit unter die Beistandsverpflichtung aller NATO-Vertragsstaaten.

Für eine solche direkte westdeutsche Intervention in den türkischen Kolonialkrieg ist jede in der BRD laut werdende Kritik an dem türkischen Kolonialregime, speziell durch kurdische Organisationen und da vor allem durch solche, die die PKK und den von ihr geführten kurdischen Befreiungskampf direkt und offen unterstützen, Gift. Während die PKK und ihr nahestehende Organisationen immer wieder ihre zurückhaltende Politik betonen und erklären, daß sie den bewaffneten Kampf nur in Kurdistan führen, in der BRD dagegen für ihre gerechte Sache werben und die hier lebenden 400000 Kurden organisieren wollen, entwickeln die Staatsschutzorgane eine Härte und Willkür gegen kurdische Organisationen, als sei die BRD beinahe Kriegsgebiet gegen Kurden und kurdische Organisationen.

Bezahlte Kronzeugen, Rebmann als Weltgendarm

Damit einher geht eine Verschärfung der allgemeinen Repression. So plant die Bundesanwaltschaft unter ausdrücklichem Bezug auf den PKK-Prozeß weitreichende Änderungen der Strafpro-

ANZEIGE



BUCHLADEN
TARANTA-BABU
Humboldtstraße 44 4600 Dortmund I
Telefon (02 31) 14 16 89

zeßordnung, die künftig nicht nur bei §129a-Verfahren, sondern bei jeder angeblichen "Bandenkriminalität" bis hin zum einfachen Diebstahl zur Anwendung kommen sollen. Danach sollen Zeugen:

- von der Pflicht zum Erscheinen im Prozeß befreit werden können;
- Aussagen zur Person verweigern dürfen;
- optisch abgeschirmt oder sogar mittels "Fernsehschaltung" im Verfahren erscheinen;
- finanzielle Zahlungen in Form von "Überbrückungshilfen", Zuwendungen für die Beschaffung einer neuen Wohnung, Sozialhilfe, Prozeßkostenhilfe u. ähnliches erhalten können.(5)

Am Ende dieser "Zeugenschutzmaßnahmen" stünde der bezahlte, anonyme Polizeispitzel, der noch nicht einmal im Verfahren erscheinen muß. Die Aussagen dieser womöglich gekauften oder erpreßten Denunzianten könnten ausreichen, um Angeklagte zu jahrelangen, wenn nicht lebenslangen Haftstrafen, zu verurteilen, ohne daß sie ihre Beschuldiger jemals zu Gesicht bekommen.

Sollte das Oberlandesgericht Düsseldorf die Anklagen der Bundesanwaltschaft in vollem Umfang zulassen, so wäre dies zugleich ein Freibrief für die Bundesanwaltschaft, sich künftig als weltweite Verfolgungsbehörde zu entfalten. Zwei der fünf von Rebmann dem Oberlandesgericht vorgelegten Anklagen beziehen sich nämlich auf angebliche Straftaten von Kurden an anderen Kurden im Ausland: Meral Kidir und Hassan Hayri Güler sollen, so der Vorwurf der Bundesanwaltschaft, in PKK-Lagern im Libanon an Todesurteilen mitgewirkt haben. Um daraus überhaupt eine Anklage fertigen zu können, will die Bundesanwaltschaft erstmals in der Geschichte der BRD den § 7 Strafgesetzbuch zur Anwendung bringen. Darin maßt sich die BRD Strafverfolgungsrechte selbst dann an, wenn Ausländer außerhalb der BRD an Ausländern eine Straftat begehen, sofern der "Tatort keiner Strafgewalt unterliegt". Dies sei, so die Bundesanwaltschaft, im Fall des Libanon gegeben. Im Grunde sei der Libanon kein ordentlicher Staat mehr, deshalb habe die Bun-

desanwaltschaft das Recht, ja sogar die Pflicht, einzugreifen, zu verhaften und anzuklagen.

Diese Konstruktion der Bundesanwaltschaft ist nach Auskunft der Verteidiger der angeklagten Kurden selbst im Vergleich zu Weltgendarmen-Praktiken beispielsweise der USA, die bislang immer "erst" eingriffen, wenn US-Bürger oder US-Eigentum im Ausland angegriffen wurden, einmalig.

Im Unterschied dazu greift die Bundesanwaltschaft ohne Umschweife in innere Angelegenheiten des Libanon ein. Dieser ist in ihren Augen kein "ordentlicher Staat" mehr, also muß Rebmann, muß die BRD Ordnung schaffen. Die Konstruktion ist äußerst elastisch und kann z.B. jederzeit auf die von der Türkei besetzten kurdischen Gebiete und damit auf den gesamten kurdischen Befreiungskampf ausgedehnt werden. Die Bundesanwaltschaft braucht nur ein Oberlandesgericht zu finden, das ihrer Meinung, dort sei - etwa durch Fortschritte im Befreiungskampf - die türkische Staatsmacht zusammengebrochen, zustimmt. Prompt können westdeutsche Justizorgane jeden Kurden, der irgendwie greifbar ist, unter irgendwelchen Vorwänden einsperren, anklagen und aburteilen - womöglich noch mit Aussagen anonymer Zeugen des türkischen Geheimdienstes als "Beweis".



Quellen:(1)Halbjahreskonferenz der Bundesanwaltschaft,27.7.89;(2)FAZ-,26.7.89;(3)Kurdistan-Rundbrief 17/89-; (4)Europäische Wehrkunde 3/89,S.191f-.;(5)Neue Juristische Wochenschrift 19-/89,S.1185f.

Entnommen "Politische Berichte" 17/89

"TODESSCHUSS" AUF 13-JÄHRIGEN TÜRKISCHEN SCHÜLER:

ERGEBNIS EINES LOSGELASSENEN POLIZEIAPPARATES

Am späten Nachmittag des 30. Juni wurde in Essen der 13-jährige Schüler Kemal Cipoğlu von der Polizei erschossen. Er ist das Opfer einer Verfolgungsjagd, an der 50 Beamte beteiligt gewesen sein sollen, darunter eine SEK-Einheit mit Scharfschützen. Die Polizei sperrte zeitweilig den Zugverkehr auf der Bundesbahnstrecke Essen-Duisburg, ein Hubschrauber wurde eingesetzt. Als Kemal aufgespürt wurde, wurde er von zwei Polizisten mit fünf Kugeln durchsiebt.



Ein Mofa-Unfall mit Fahrerflucht führt zum Polizeigroßeinsatz

In etwa hat sich folgendes abgespielt: Kemal unternahm am Nachmittag mit einem 16-jährigen Freund eine Spritztour mit dem Mofa eines Nachbarn. Dabei stieß er mit einem BMW zusammen und beschädigte dessen Stoßstange. Da das Mofa nicht angemeldet war, nahm er Reißaus. Der Freund gab gegenüber der Polizei jedoch Name und Adresse von Kemal an. Obwohl es in solchen Fällen üblich ist, daß die Polizei den Flüchtigen später einfach aufsucht, leitete sie eine Fahndung ein.

Kurz darauf wurde Kemal von einem Streifenwagen gestellt. Beim Versuch einer Festnahme kam es aus ungeklärten Gründen zu einer Rangelei, bei der der 13-jährige Junge einem Beamten eine geladene und entsicherte Pistole abnahm. Kemal schoß damit einmal oder zweimal in die Gegend, danach rannte er weg. Die Polizei blies zum Großeinsatz. Sicher ist, daß Polizeibeamte auf Kemal schon an der nahen Bundesbahnstrecke, die er überquerte, schossen. Kemal schoß selbst einige Male ziellos und flüchtete schließlich in eine Kleingartenanlage, aus der er, wie die Polizei wußte, nicht entkommen konnte. Als er auf das Dach eines Gartenhauses kletterte, fielen die tödlichen Schüsse. Kemal stürzte in einen Innenhof zwischen den Gartenhäusern und verblutete an einem Lungenschuß.

Nach wie vor gibt es widersprüchliche Angaben sowohl zum Ablauf der Verfolgungsjagd als auch zur zeitlichen Abfolge. Der wichtigste Punkt: Nach Angaben der Polizei haben die beiden Polizeibe-

amten, die Kemal vom Dach herunter-schossen, in Notwehr gehandelt, weil Kemal mit der Waffe auf sie gezielt habe. Dem stehen Aussagen gegenüber, nach denen Kemal auf dem Dach die Waffe überhaupt nicht mehr bei sich hatte, zumindest aber nicht in der Hand. Durch mehrere Zeugen belegt ist, daß die Polizei keinen Versuch unternahm, mit dem Jungen zu reden. Sicher ist, daß Kemal von drei der fünf Kugeln von hinten getroffen wurde, was nahelegt, daß er weglaufen wollte. Ein Notarzt wurde erst nach längerer Zeit zu ihm gelassen. Nach Angaben der Polizei steht auch fest, daß in der Pistole, die angeblich neben der Leiche gefunden wurde, keine einzige Patrone mehr steckte.

Polizei und Staatsanwaltschaft versuchen, die Vorgänge zu verdecken

Diese Fakten sollten eigentlich reichen, den Polizeieinsatz zumindest in Frage zu stellen. Dennoch erklärte Staatsanwalt Dr. Schmalhausen drei Tage nach dem Vorfall in der Presse: "Obwohl auch für uns noch nicht alles klar ist, den Beamten kann man keinen Vorwurf machen, sie haben richtig gehandelt." Zu diesem Zeitpunkt lag weder ein Obduktionsergebnis vor, noch waren auch nur die beteiligten Polizisten vernommen worden, die weiter im Dienst sind.

Schmalhausen hat mit seinen Äußerungen nicht nur dokumentiert, was von seinen Ermittlungen zu halten ist; der Rechtsanwalt der Familie Cipoğlu mußte inzwischen öffentlich kritisieren, daß Zeugenaussagen, die der Polizeidarstellung widersprechen, in den Akten fehlen. Der Staatsanwalt hat auch allen, die das wollen, freie Bahn für wüste Rechtfertigungen der Polizeiaktion gegeben. Der Vorsitzende der Jungen Union Essen warnte prompt vor einer Kampagne gegen die Polizei, ähnlich die stellvertretende Kreisvorsitzende der FDP. Lehrer des Jungen, die in der Presse Traueranzeigen veröffentlichten, erhielten rassistische Schimpf- und Drohanrufe.

Dabei ist die Polizeiaktion ein Ergebnis der Entfesselung des Polizeiapparates,

wie sie von der Reaktion systematisch betrieben wird. "NRW braucht den Rettungsschuß", erklärte CDU-Landesvorsitzender Blüm in einem Interview in der "Westdeutschen Allgemeinen" am 26.8.1988, kurz nach der Geiselnahme in Gladbeck, und trat für die Verschärfung



"Die Polizei löst wohl gerade wieder eine Demonstration auf?"

der Polizeigesetze und einen "starken, wehrhaften Rechtsstaat" ein. Solche Äußerungen zielen tatsächlich auf die Beseitigung rechtsstaatlicher Grundsätze. Gleichzeitig dienen sie der Aufstachelung des Polizeiapparates, dem Rückendeckung versprochen wird, egal was passiert.

Zurecht weist der Flüchtlingsrat Essen in einer Stellungnahme darauf hin, daß die von der Polizei wegen einer Bagatelle eingeleitete Fahndung vermutlich auch etwas damit zu tun hat, daß Kemal Ausländer war.

Die Kritik zeigt Wirkung - weitere Aufklärung ist wichtig

Die Familie Cipoğlu hat Strafanzeige gegen die an der Schießerei beteiligten

Polizisten gestellt. Schüler aus Kemals Schule haben zu einer Spendensammlung aufgerufen. Mehrere Hundert Leute demonstrierten am 7.7. vom Polizeipräsidium zur Berliner Brücke und forderten die öffentliche Aufklärung der Vorfälle. Ein von unterschiedlichen politischen Kräften getragenes Komitee will die "Aufklärung unterstützen", hat der Polizei bereits mehrere Zeugenaussagen zugeleitet und hat eine Dokumentation erstellt.

Darin heißt es: "Wird die Staatsanwaltschaft auf der Grundlage der vorliegenden Zeugenaussagen zumindest ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung eröffnen? Denkbar sind auch schwerere Vorwürfe, wie vorsätzliche Tötung oder Totschlag. Der Junge konnte aus der Kleingartenanlage nicht ent-

kommen. Ging es allein um die Festnahme, so wäre auch nach dem Polizeirecht ein Schußwaffeneinsatz nicht zu rechtfertigen. Bedrohte er die Polizisten entgegen mehrerer Zeugenaussagen tatsächlich mit einer Waffe, so hätte ein Schuß, der ihn kampfunfähig machte, gereicht.....Die Schwelle für den Einsatz von Schußwaffen wird noch herabgesetzt werden, wenn die Bundesregierung den "finalen Rettungsschuß" bundesweit gesetzlich verankert."

Der Arbeitskreis, der die Dokumentation erstellte und die Demonstration am 9.9. vorbereitet hat, wird weiterarbeiten. Die Kontaktadressen, auch für Bestellungen der Dokumentation:
GAL-Maxstr.11, 4300 Essen 1
Jugendwerk der AWO-Pferdemarkt 7, 4300 Essen 1.

Druckwerk

Wessel · Wagener · Buszewski GbR

Anzeige

Offsetdruck
Reprografie
Fotosatz



Drei Monate lief der Umbau auf vollen Touren.
Jetzt ist es endlich geschafft. Das neue
DRUCKWERK steht:

Wie gehabt im Hinterhof aber größer und
schöner und, und, und...

Wir freuen uns auf weitere gute
Zusammenarbeit.

Die **Druckwerker**

Ab 24 Juli 1989
Penningskamp 12a
4600 Dortmund-Hörde (30)
Telefon 431821

700-JAHR-FEIERN IN HALTERN: ZEIT DES FASCHISMUS ALS "DUNKLER FLECK"

In den vergangenen Wochen feierte die Stadt Haltern ihre 700-Jahr-Feier.

Die Aktivitäten fanden ihren Höhepunkt am 19. und 20. August, als neben vielen kulinarischen Genüssen auch reichlich Gelegenheit geboten wurde, das militärische Gerät aus der Nachbargarnison Dülmen zu besichtigen.

Hiergegen hatten am 19. August in Haltern immerhin fast 400 BürgerInnen in einem Demonstrationszug protestiert. War schon die militärische Präsentation einschließlich eines öffentlichen Bundeswehrgelöbnisses ein Hinweis darauf, wie die Stadt Haltern ihre Geschichte zu zeigen gedenkt, so war ein weiterer "Gedenkakt" am Sonntag, dem 20. August, hier noch aufschlußreicher.

Zur Erinnerung an die Verschleppung und Kasernierung niederländischer Zwangsarbeiter wurde an der Marienschule eine Gedenktafel angebracht.

Diese war von den "Zwangsarbeitern der Niederlande" hergestellt und der Stadt Haltern zur 700-Jahr-Feier überreicht worden.

Am Sonntagmorgen fand nun in Anwesenheit einer Delegation der Niederländer, einiger Vertreter der Stadt Haltern einschließlich des Bürgermeisters Wessel, einiger Presseleute sowie vielleicht zwanzig BürgerInnen eine kurze Einweihung der Gedenktafel statt.

Das Ganze machte sehr den Eindruck, als ob eine gewisse "Pflichtübung" über die Bühne gebracht werden sollte. Hände wurden geschüttelt, kleine Geschenke seitens der VVN/BdA und der Redaktion der AntifaZ wurden überreicht - der Bürgermeister hielt eine kurze Rede.

Diese war nun allerdings wegen ihres Inhalts erwähnenswert, jedoch nicht in positiver Hinsicht. Sprach Bürgermeister Wessel doch von der Zeit des Faschismus als von einer "dunklen Zeit, wie sie jeder

in seinem Leben irgendwann einmal mitmacht" - als sei die Zeit des Faschismus naturwüchsig über das deutsche Volk hereingebrochen.

Die Wortwahl ist kein Zufall. Auch ande-



re offizielle Verlautbarungen der Stadt benutzen überwiegend diese "Sprachregelung".

So verwundert es auch nicht, daß die Broschüre "Halturner Schreckenstage" immer noch nicht eingestampft ist, sondern weiter mit ihrer üblen Hetze gegen die polnischen Zwangsarbeiter, die nach ihrer Befreiung eine zeitlang in Haltern untergebracht waren, als Broschüre des Halturner Heimatvereins mit städtischer Druckkostensubvention vertrieben wird. Nähere Einzelheiten zu dieser Broschüre ersparen wir uns hier. In der Nr. 13 der AntifaZ sind wir ausführlich darauf eingegangen.

Was aber festzustellen bleibt: Der Stadt Haltern stünde es ganz gut zu Gesicht, sich von diesem Machwerk endlich höchst offiziell zu distanzieren.

blick nach draussen

Bielefeld, 12.7.89

Am 28. Mai traf sich eine Arbeitsgruppe "Verwirklichung einer überregionalen Antifa-Frauenkonferenz" im Rahmen der Konferenz "Weder Zuckerbrot noch Peitsche" und beschloß eine 1.bundesweite feministische Antifa-Konferenz, die am 20./21. Januar 1990 vorgesehen ist. Folgende Themenschwerpunkte sind bis jetzt vorgesehen:

§ 218 zwischen Abtreibungsverbot und Zwangsabtreibung, Irrationalismus-neuchristliche Sekten-New-Age-Bewegung, Humangenetik-Gentechnologie und Faschismus, Urgesellschaften-Frühkulturen, Frauen in der Antifa-Bewegung, Gegen die Individualisierung von gesellschaftlichen Konflikten im privaten Bereich, Die gesellschaftliche Bedeutung der Familie, Feministische Antifa:Autonom oder als Gruppe in der Antifa?

Informationen zur Vorbereitung bei: Ursel Döhmann, Papagei 69, 5020 Siegburg.

Norderstedt, 17.7.89



Der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler hält die "Republikaner" für gewerkschaftsfeindlich. Allerdings wolle die IG Metall "nicht den bequemen Weg von Unvereinbarkeitsbeschlüssen" gehen. "Selbst wenn wir dies tun würden, könnten und dürften wir uns die politische Auseinandersetzung mit den Republikanern nicht ersparen". Die "Republikaner" leisteten keinen Beitrag zur Lösung der allen auf den Nägeln brennenden Probleme. Schon allein deshalb sei es unzulässig, diese Partei in einen Topf mit den Grünen zu werfen, wie das die CDU/CSU tue.

Hamburg, 13.7.89

Stellungnahme der Hamburger Antifa-Koordination:

"Kriminalisierung von AntifaschistInnen in Hamburg - wir stehen nicht tatenlos daneben!

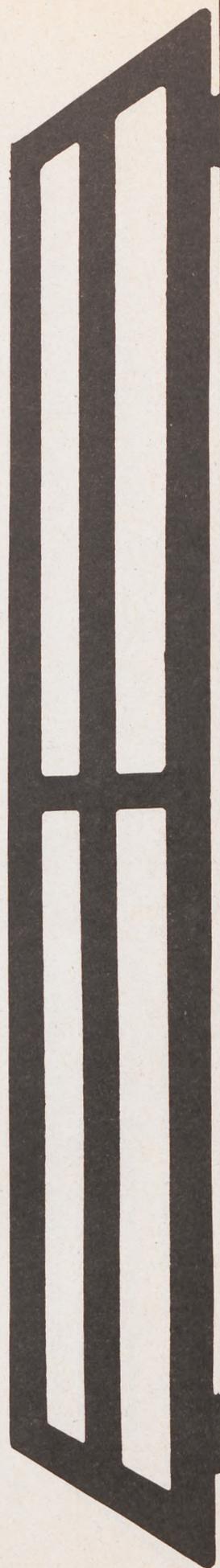
Am Donnerstag, den 15.6.89, wurden in Hamburg acht Wohnungen durchsucht. Die Landeskriminalämter Niedersachsen und Hamburg ermitteln gegen sechs Menschen wegen militanter Aktionen gegen Faschisten. Die Wohnungen wurden ohne Durchsuchungsbefehl durchsucht. Begründet wurde dies mit "Gefahr im Verzug".

Zwei der Beschuldigten, Renate und Burghard, wurden während der Durchsuchung verhaftet und sitzen seitdem in Hamburg in Untersuchungshaft. Haftgrund ist neben angeblicher Flucht und Verdunkelungsgefahr ein behaupteter dringender Tatverdacht, das Faschistenehepaar Worch überfallen zu haben. Im Mai 89 wurden bei Christian und Ursula Worch 50 Aktenordner mit Material der "Nationalen Liste", FAP in Hamburg, aus deren Wohnung "beschlagnahmt".

Inzwischen wurden die Durchsuchungen damit begründet, daß gegen vier der sechs Beschuldigten wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129 a Strafgesetzbuch ermittelt wird. Dabei konstruieren die Staatsschützer eine Vereinigung, die im norddeutschen Raum militante Aktionen gegen politische Gegner, nämlich Faschisten und Repräsentanten des Staates, durchgeführt haben soll. Diese ungenauen Angaben reichen den verantwortlichen Staatsanwälten aus, um aktive AntifaschistInnen in Hamburg derart massiv anzugreifen.

Wie schon so oft in Ermittlungsverfahren wegen § 129 a legen die Ermittlungsbehörden keinerlei Tatsachen vor, die ihre Behauptungen untermauern würden.

Interessanterweise erschien zwei Wochen vorher im "Spiegel" ein Artikel über antifaschistische Gruppen, in dem nicht etwa hervorgehoben wurde, daß das antifaschistische Bewußtsein und die Bereitschaft, den antifaschistischen Kampf aufzunehmen, in den letzten Monaten zugenommen hat. Ziel des



Artikels ist vielmehr, eine Spaltung der antifaschistischen Bewegung in "gewaltfreie" und Militante herbeizureden. Es ist eine alte Masche, Bewegungen an der sogenannten Gewaltfrage spalten zu wollen. Wir sollen dazu gebracht werden, nicht mehr gemeinsam unsere Ziele und Inhalte zu diskutieren, denn wir können dabei zum gemeinsamen Handeln kommen. Unsere solidarischen Diskussionen, in denen wir unsere Stärke auch in der Vielfalt unserer Aktionsformen begreifen und Bündnispartner und Gegner besser unterscheiden lernen, ist den Herrschenden gefährlich. Wir, die Linke, haben gelernt in den letzten Jahren. Wir haben gelernt, daß wir die einzelnen Kämpfe nur gemeinsam erfolgreich führen können. Auch die antifaschistische Bewegung hat das erkannt. Vor diesem Hintergrund richtet sich unser antifaschistischer Kampf nicht nur gegen "alte" und "neue" Faschisten. Er ist eng verknüpft mit der Suche nach unseren Lösungen, die bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche zu beseitigen. Wir kämpfen für ein menschenwürdiges und gleichberechtigtes Leben aller Menschen. Das greift die bestehenden Machtverhältnisse grundlegend an....

In West-Berlin werden zur Zeit mehrere Menschen wegen der "Bildung bewaffneter Haufen" verfolgt. Dies steht im Zusammenhang mit der Mobilisierung und den Selbstschutzmaßnahmen um den 20. April (Hitlers hundertster Geburtstag). Jetzt werden sechs Menschen in Hamburg mit Hilfe des Staatsschutzparagraphen 129 a verfolgt.

Derzeit ist noch offen, welche konkreten Interessen dahinterstehen....

Dieser massive Kriminalisierungsversuch soll uns alle treffen:

Die Hamburger Antifa-Koordination läßt sich nicht spalten! Wir wollen gemeinsam unsern Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus organisieren. Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten - und schon gar nicht zwischen uns!

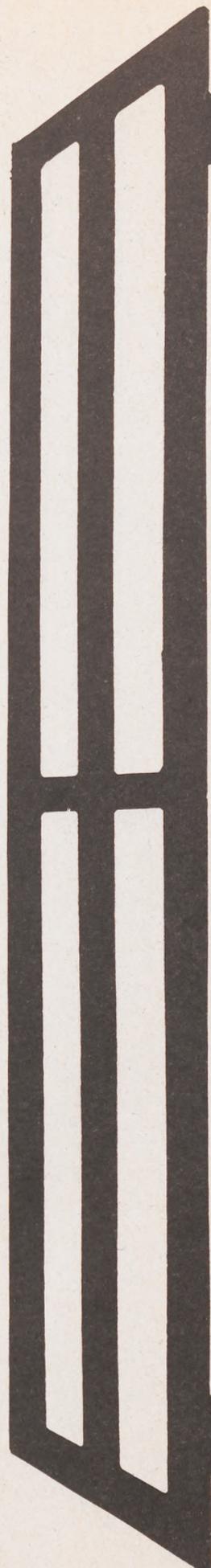
Wir setzen uns ein für die Freiheit von Renate und Burghard und für die Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen AntifaschistInnen."



Konstanz, 13.7.89

Gegen einen Konstanzer Antifaschisten erließ das Amtsgericht Singen einen Strafbefehl über 1000 DM Geldstrafe. Ihm wird vorgeworfen, am Abend des 5.3.89 zwei Polizeibeamte mit den Worten "Wieder im Dienste der Faschisten unterwegs", so das Amtsgericht, "beschimpft" zu haben. Der Antifaschist habe in zwei Fällen einen anderen beleidigt. Am benannten Abend wollte die NPD eine öffentliche Veranstaltung mit dem Landesvorsitzenden Schützinger in der "Singerer Weinstube" abhalten.

AntifaschistInnen aus Singen, Radolfzell und Konstanz verhinderten den Beginn des Treffens durch Rufen und Gesang. Die von den Faschisten herbeizitierte Polizei ließ sich von denselbigen im Tagungslokal bereitwillig Einsatzbefehle erteilen. Die als "Saalordner" eingesetzten Nazi-Schläger zeigten genüßlich mit ihren Fingern auf Menschen im Lokal, welche die Staatsbeamten daraufhin unverzüglich abführten. Gegen einen ehemals Verfolgten des Nazi-Regimes wendeten Beamte massiv Gewalt an. Neben den zwei "beleidigten Beamten" führt das Amtsgericht noch einen NPD-Aktivisten als Zeugen gegen den Konstanzer auf. Dieser hat bereits Einspruch gegen den Strafbefehl eingelegt.



Bonn, 4.8.89

Das Bonner Friedensplenum, die Redaktion "Kämpfende Jugend", Hanne Hiob und andere riefen zu einer Antikriegsaktion am 2.9. in Bitburg und Bonn auf. Geplant war die Aufführung der "Legende vom toten Soldaten", ein Stück von Bertolt Brecht, in dem ein im 1. Weltkrieg gefallener Soldat wieder als kriegsverwendungsfähig erklärt wird und an die Front geschickt wird. Die Aufführung sollte auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg stattfinden, in Bonn sollte der Soldat dann symbolisch für immer begraben werden.

1985 war die Aufführung in Bitburg verboten worden, da dies nicht vereinbar mit der Würde des Soldatenfriedhofs sei. Das Bundesverfassungsgericht wies eine Beschwerde dagegen nach 3 1/2 Jahren zurück. In diesem Jahr hatte Bitburg nach langen Quereln der szenischen Aufführung zugestimmt. Allerdings wurde die von Hanne Hiob, Tochter Bert Brechts, geplante künstlerische Gestaltung auf dem Bitburger Ehrenfriedhof "Kolmesfeld" abgelehnt. Die Stadt schlug als "Alternativvorschlag" vor, den Wortlaut des Brechtgedichts auf dem Gräberfeld vorzutragen. Die szenische Darstellung der Legende sollte jedoch auf dem Vorplatz geschehen.

Bei Redaktionsschluß war noch nicht bekannt, ob die Veranstalter dem zustimmten.



Flensburg/Kappeln, 6.8.89

Daß Skins in der Schleistadt Kappeln seit einigen Jahren anzutreffen sind, ist nichts Neues. Bislang ignorierte die Stadt die Skins, und so konnten diese sich entfalten. Ein Vorfall am 17. Juni, bei dem es zu gewalttätigen Übergriffen und zu Schmierereien in der

Kappeler Innenstadt kam,veranlaßte die Stadt in Zusammenarbeit mit Polizei,Kirchen- und Schulvertretern und dem Leiter des Jugendzentrums nun doch,auf das unübersehbare Problem zu reagieren.Bürgermeister Arendt ist nun durch die Skinheads "beunruhigt" und will die "Ursachen der vordergründig als rechtsradikal eingestuft und gewaltverherrlichenden Gruppe junger Menschen erkunden".

Es handele sich um einen Kern von 10 Jugendlichen in der Stadt, die gelegentlich von befreundeten Skins verstärkt werden.Die "Bekämpfung" der Skins soll erst einmal harte Verfolgung durch die Staatsorgane sein.Weiter soll versucht werden,von pädagogischer,sozialpädagogischer und theologischer Seite mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen.Mit der Taktik des Entpolitisierens meint die Staatsanwaltschaft wohl,ihren Teil getan zu haben,und leistet den Skins auch weiterhin Vorschub.So kam es während eines Jahrmarktes in einem Nachbarort Ende Juli zu Zusammenstößen von Kappeler,Berliner und vermutlich Flensburger Skins mit dort ansässigen Antifaschisten.

Trotz des Wissens um die Skins und Kenntnis von einem für den 5.8. breit angekündigten ersten Skinheadtreffens in Kappeln wurden die örtlichen Antifaschisten nicht aktiv.Es fanden sich gut 100 Skins in der Stadt ein,in der gerade das Altstadtfest auf vollen Touren lief.In kleineren Gruppen gingen sie durch die Stadt und provozierten durch faschistische Gesänge und Drohgebärden.Mindestens ein Passant wurde von ihnen zusammengeschlagen,weiter kam es zu Handgreiflichkeiten mit der anscheinend massiv anwesenden Polizei.Dennoch bemühte sich die Lokalpresse um eine Entpolitisierung der Vorgänge,indem das Auftreten der Skins als "Bürgerschreck" abgetan wurde.



ANTIFASCHISTISCHE STADTKONFERENZEN IM RUHRGEBIET

An mehreren Orten des Ruhrgebietes finden in den kommenden Wochen und Monaten antifaschistische Stadtkonferenzen statt, so zum Beispiel in Bochum und Herne, im Kreis Recklinghausen soll eine antifaschistische Kreiskonferenz organisiert werden.

Gleichzeitig laufen die Vorbereitungen für die 11. landesweite Antifakonferenz für Nordrheinwestfalen, die möglicherweise zeitgleich mit der Stadtkonferenz in Bochum durchgeführt werden soll. Da die Frage, **wie** die Bochumer Stadtkonferenz mit der landesweiten Konferenz verknüpft werden kann, noch ziemlich ungeklärt ist, läßt sich zur Zeit kaum abschätzen, ob dieses Vorhaben sinnvoll ist oder nicht.

Berücksichtigt man, daß auf der ersten Stadtkonferenz in Bochum im Frühjahr dieses Jahres immerhin etwa 200 Menschen anwesend waren, so liegt die Vermutung nahe, daß auch zu einer landesweiten Konferenz aus dem Bochumer Bereich ziemlich viele Menschen kämen. Die meisten dieser Menschen, so meinen wir, gingen bei einer Gleichzeitigkeit

von Stadt- und Landeskonzferenz wohl überwiegend zu Arbeitsgruppen im Rahmen der Stadtkonferenz, was die umfassende Aussprache während der landesweiten Beratung schwächen wird.

Auch die Tatsache, daß zwar auf der vergangenen landesweiten Konferenz in Wuppertal Bochum als Ort vorgeschlagen wurde, die anwesenden Bochumer VertreterInnen keine Einwände dagegen erhoben, jedoch erst auf dem Vorbereitungstreffen vom 12. August in Herne plötzlich von den Bochumern vorgetragen wurde, daß sie die landesweite Konferenz nicht durchführen könnten, spricht nicht gerade für eine kontinuierlich geplante Entfaltung der antifaschistischen Arbeit in NRW.

Wenn zunehmend **örtliche** Schwerpunkte in der antifaschistischen Arbeit gesetzt werden, Konferenzen auf Orts- und Kreisebene sich häufen, dann ist zu überlegen, ob die landesweiten Beratungen nicht in einem größeren Abstand, zum Beispiel **einmal** pro Jahr, veranstaltet werden sollten.

Einige Informationen zu den Inhalten der bevorstehenden Konferenzen:

HERNE:

Die erste **Herner antifaschistische Stadtkonferenz** findet am 16. September in der Volkshochschule in Herne 2 (Wanne-Eickel) statt. (VHS Wanne-Eickel, Wilhelmstr. 39, 14.00 bis 19.00 Uhr, Anmeldungen an Frank Braßel, IZ3W, Overwegstr., 469 Herne 1).

Arbeitsgruppen: 1 Gewerkschaft/Betrieb und Neofaschismus, 2 Antifaschistische Kommunalpolitik, 3 Jugendliche und Neofaschismus, 4 Frauen und Neofaschismus, 5 Aussiedler, Ausländer und



Flüchtlinge, 6 Die "Republikaner" - eine neofaschistische Partei?, 7 Abbau demokratischer Rechte, faschistoide Tendenzen?

Zur Vorbereitung der Arbeitsgruppen haben sich auf mehreren Vorbereitungstreffen Kleingruppen von vier bis sechs Leuten gebildet, die ein Konzept für die AGs entwickeln (sollen).

Bisher liegt folgender Vorschlag für den Verlauf vor:

1. Eingangreferat (14.00 - 14.45 Uhr)
2. Arbeitsgruppen (15.00 - 17.30 Uhr)
3. Plenum-Treffen (17.45 - 19.00 Uhr)

Als Ziel der Konferenz wurde formuliert: "Insgesamt ist die Konferenz - es muß ja nicht die letzte sein - gedacht als eine intensive Diskussion der mit dem Thema Neofaschismus in Verbindung stehenden Problemkreise, als ein gegenseitiges Kennenlernen der verschiedenen Ansätze, auch als eine Informationsveranstaltung für Nichtorganisierte, als eine grundsätzliche Überlegung, wo sich effektive Möglichkeiten der Bekämpfung neofaschistischer Tendenzen in unserer Gesellschaft, in unserer Stadt ergeben." (Aus den vorbereitenden Dokumenten)

Unser Eindruck nach dem Vorbereitungstreffen am 14. August im Herner Informationszentrum 3. Welt: Ein relativ breiter Zusammenschluß von Menschen aus sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Spektren ist zusammengekommen, das Interesse an dieser Konferenz scheint ziemlich breit zu sein. Herne hatte ähnlich wie der Dortmunder Norden und andere klassische Industrie-regionen im Ruhrgebiet bei den Europawahlen deutlich höhere Stimmzahlen der Republikaner zu verzeichnen als der Landesdurchschnitt. Auch die Ergebnisse der FORSA-Studie (an anderer Stelle dieser Ausgabe) haben eine Reihe von Menschen aufgerüttelt.

RECKLINGHAUSEN

Da im Kreis Recklinghausen die neofaschistischen REP in Herten, Marl, sowie voraussichtlich auch in Dorsten und Recklinghausen bei den Kommunalwahlen kandidieren, wurde von AntifaschistInnen verschiedener Städte des Kreises der Wunsch geäußert, eine **Antifaschistische Kreiskonferenz** durchzuführen. Bisher wollen Leute aus Recklinghausen, Datteln, Castrop-Rauxel, Herten und Gladbeck teilnehmen. Die Konferenz wird voraussichtlich Mitte Oktober - Anfang November stattfinden.

BOCHUM

Voraussichtlich werden hier Anfang Dezember gleichzeitig Stadtkonferenz und landesweite Antifakonferenz stattfinden. Ob dann Arbeitsgruppen gemeinsam für beide Konferenzen laufen, zumindest teilweise, war zur Zeit des letzten Vorbereitungstreffens noch nicht klar. Für die landesweite Konferenz bzw. deren Arbeitsgruppen wurden bisher folgende



Themenvorschläge gemacht: Wählerbasis der REP und anderer neofaschistischer Parteien, Was ist Faschismus? (Am Beispiel der REP), Programm und Programmatik der REP, Militanter Neofaschismus, Antifaschistische Aktionsformen, Antifaschistische Ansätze bei Meinungsführern in Parteien und Gewerkschaften, Wie ist mit den REP in Parlamenten umzugehen?, Antifaschistische Frauenpolitik, Antifaschistische Kommunalpolitik (aktuell und historisch unter Berücksichtigung der Kommunalpolitik von Faschisten), Jugend und Neofaschismus, Gemeinsamer Markt und Eurofaschismus, Kommunales Wahlrecht für Ausländer, Ausländerpolitik und Kurdenverfolgung, Staatliche Wegbereitung (Haft, Verurteilungen, Entdemokratisierung).

Diese Liste ist weder vollständig noch abgeschlossen.

Das nächste **Vorbereitungstreffen** zur landesweiten Konferenz findet statt am Freitag, 6. Oktober 1989, 17.00 Uhr, "Haus Lawrenz", Shamrockstr. 44, 469 Herne I. Anfahrtbeschreibung: von der A2 bis Recklinghäuser Kreuz auf die A43, von der A42 bis Herner Kreuz auf die A43. Auf der A43 bis Abfahrt Riemke, Richtung Herne auf der Bochumer Str., nach der abknickenden Vorfahrt (Westring) in die zweite Straße rechts (=Shamrockstraße) einbiegen.

HILFLOSER ANTIFASCHISMUS - Wie umgehen mit den Rechtsradikalen?

Dies war das Motto eines Streitgesprächs zwischen Eckhart Stratmann (MdB Die Grünen) und Hartmut Meyer (stellvertretender Landesvorsitzender der VVN NRW), das am 17. August in Herne im dortigen CVJM-Haus stattfand.

Ca. 50 bis 70 Personen saßen enggedrängt, unter ihnen anfangs auch - unauffällig - zwei FAP-Mitglieder.

Schon in der Behandlung dieser Frage - was machen wir mit denen - gab es zu Beginn der Veranstaltung Differenzen.

Nachdem Frank Braßel von der VVN die Anwesenden begrüßt hatte, übernahm Jörg Höfeld von der Grünen Wählergemeinschaft in Herne die Moderation der Veranstaltung.

das damit, daß die FAP schon eine ganze Reihe von Terroraktionen auf ihrem Konto hat.

Die Veranstalter stellten dagegen ihren Vorschlag vor: Da dies eine öffentliche Veranstaltung sei, könne niemand des Saales verwiesen werden. Man gedenke aber, die Veranstaltung zu schließen, alle sollten "nach Hause" gehen, aber unten vor der Tür warten. Anschließend würden Grüne und VVN eine nichtöffentliche Versammlung durchführen, zu der nur erwünschte Personen Zutritt hätten.

So wurde verfahren: Alle gingen hinaus, alle bis auf zwei FAP-Mitglieder gingen wieder hinein und die Veranstaltung



Vorab hatte sich das Podium darauf verständigt, mit "juristisch unanfechtbaren Mitteln" die beiden FAP-Mitglieder "loszuwerden". Doch noch bevor Höfeld dies erläutern konnte, kam aus dem Publikum der Antrag, die FAP-ler aus dem Saal zu weisen. Begründet wurde

konnte beginnen.

Als erster erläuterte Stratmann in "sieben bis acht Minuten", die sich dann aber auf gut 30 Minuten ausdehnten, fünf Thesen gegen den "traditionellen Antifaschismus".

Vorweg äußerte Stratmann einige Kriti-

ken in "lockerer" Form: Beim traditionellen Antifaschismus à la VVN und anderer sei falsch: Das ständige Erinnern an Aufstieg und Schrecken des Nationalsozialismus, falsch sei auch, Veranstaltungen der "Rechtsradikalen" von FAP bis REPs "physisch" verhindern zu wollen, falsch sei die Inanspruchnahme des Gewaltmonopols des bürgerlichen Staates, die Forderung nach Observierung durch den Verfassungsschutz, die Forderung nach Berufsverboten und Parteiverboten.

Am schlimmsten an diesem "sogenannten Antifaschismus" sei die Parole "Nazis raus!", sie sei "zutiefst antidemokratisch" und "verrate den gleichen Geist und die gleichen Verhaltensmuster, wie diejenigen sie an den Tag legten, welche "Türken raus!" an die Wände schmiereten.

Nachdem all dies ohne den geringsten Protest aus dem Publikum über seine Lippen gelaufen war, faßte er seine Vor-

bemerkungen zusammen: Falsch sei also, FAP, DVU, REPs und ÖDP in einen Sack zu schmeißen. Stattdessen müsse man eine "demokratische Offensive starten", zum Beispiel dem Abbau demokratischer Rechte entgegenzutreten. Verbot von DVU, NPD oder REPs bedeute Abbau demokratischer Rechte und fördere die Rechtstendenz. Dann kamen die Thesen:

1. Die REPs stellen einen neuen Kristallisationskern des Rechtsradikalismus dar - sie werden sich zumindest mittelfristig stabilisieren, Gründe hierfür seien die wirtschaftliche Entwicklung der BRD und der EG sowie die Ost-West-Entspannung.

2. Die Etablierung der REPs als fünfte Partei im Bundestag bedeute eine "Normalisierung" im bundesdeutschen Parteienkonzept, wobei Stratmann betonen zu müssen meinte, daß Normalisierung für ihn nicht "zu begrüßen" bedeute. Der "stereotype" Faschismusvorwurf habe 45 Jahre nach Kriegsende seine ab-

ANZEIGE



„Bücherladen“

unsere Themen von
A-Z:

Ausländer
Biologisches Bauen
Chemie in Lebensmitteln
Dritte Welt
Entwicklungspolitik
Faschismus
Geschichte
Heilkräuter
Indianer
Kriegsgefahr
Liebe
Medien

Neonazismus
Ökologie
Politik
Reisen
Sanfte Energien
Trampen
Umweltschutz
Vollwerternährung
Waldsterben
Yoga
Zukunft

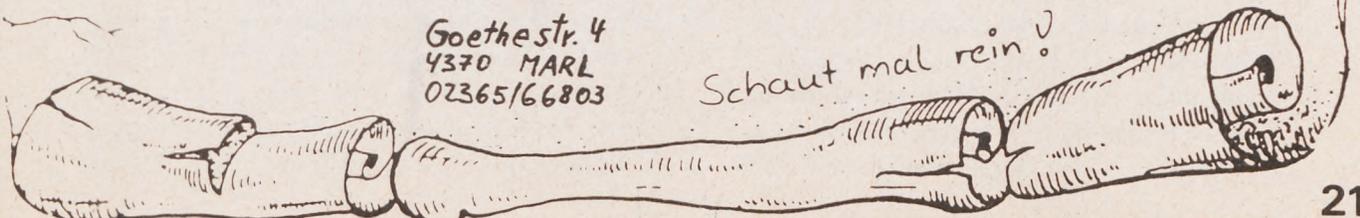
... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Goethestr. 4
4370 MARL
02365/66803

Schaut mal rein!



schreckende Wirkung verloren. Bündnisse CDU-REPs würden möglich, ebenso wie Bündnisse SPD-Grüne. Auch die Grünen seien vor fünf Jahren ähnlich wie die REPs von den "etablierten" Parteien angegriffen worden, das habe sich dann auch gelegt.

3. REPs und auch NPD und DVU können und dürfen nicht als faschistisch charakterisiert werden. Beweis: Im Dortmunder Norden seien 39% der REP-Wähler ehemalige SPD-Wähler, 11% seien ehemalige Grüne-Wähler. Diese Wähler seien keine Neofaschisten.

4. Allerdings sei es notwendig, die Rechtsradikalen politisch zu bekämpfen, sie seien nicht nur Opfer, sondern auch Täter, hierbei sei der "Antifaschismus" als Kampfmittel untauglich. Antifaschistische Bündnisse führten nur dazu, daß sich die Rechten enger zusammenschlossen. Insbesondere, wenn sich die etablierten Parteien gegen die Rechtsradikalen zusammenschlossen, würde das nur die Parteienverdrossenheit fördern.

5. Notwendig sei auch "Zivilcourage", Mut zur demokratischen Auseinandersetzung mit den Rechtsradikalen, auch auf Podien und im Fernsehen. Schönhuber hätte in die Bonner Runde gehört. Raushalten nutze nur den REPs.

Im Anschluß an Stratmanns Thesen versuchte Hartmut Meyer, die gemeinsame neofaschistische Grundlage, den "braunen Faden" im Gesamtkonzept der Parteien von FAP über DVU, NPD bis zu den REPs herzustellen. Vorab aber grenzt er sich von der Terminologie Stratmanns ab:

Die REPs, NPD, etc. seien keine "Rechtsradikalen". Radikal bedeute, einer Sache auf den Grund zu gehen, das täten die Neofaschisten aber nicht, sie blieben mit ihren Floskeln an der Oberfläche. Hinter der Formulierung "Rechtsradikal" stehe eine formale, nicht eine inhaltliche Sichtweise, auf der formalen Ebene seien Parolen wie "Nazis raus!" und "Ausländer raus!" zwar gleich, in den Inhalten aber keineswegs: Nazis raus bedeute, daß auf der Grundlage der bürgerlichen Demokratie

keinerlei legales Auftreten von faschistischen Organisationen erlaubt sein darf, Türken raus bedeute dagegen das An-die-Wand-Stellen jeglicher Opposition, die sich nicht der "nationalen Identität" der Neofaschisten anpassen will. Meyer formulierte stattdessen die Begriffe Faschismus und Neofaschismus. Zwischen ihnen besteht im Wesen kein Unterschied. In seinem Beitrag will er nicht auf faschistische Systeme eingehen, sondern auf den Faschismus als ideologisches Produkt. Im Kern sei Faschismus Teil der bürgerlichen Gesamtideologie, unterscheide sich aber von der



bürgerlichen Ideologie in ihrer "normalen Form". Das Besondere an der faschistischen Ideologie sei u.a., daß sie den Einsatz für "hohe Ziele" einfordere, mit der Absicht, jegliches Recht und jegliche Möglichkeit auf Einflußnahme der Besitzlosen völlig auszuschalten.

Bei der Darstellung dieser faschistischen Ideologie gehe es nicht darum, einzelne Zitate aneinanderzureihen, allerdings sei die faschistische Ideologie kein geschlossenes Ganzes, sondern ein "Flickenteppich" mit innerer brauner Geschlossenheit.

Der Kern der faschistischen Ideologie sei gewesen: Gegen die Juden. Diese standen synonym für alle Auszuschaltenden, die Linken, die Sozialdemokraten, Gewerkschafter, etc.

Heute stehe nicht der Antisemitismus im Vordergrund, sondern das Konzept der "Nationalen Identität": Jedes Volk solle so leben, wie es von "Natur" aus sei, es solle einen Pluralismus vieler Völker geben, den sogenannten Ethno-

pluralismus. Das "hohe Ziel" sei, die deutsche Besonderheit zu schützen. Seinen konkreten Ausdruck findet dies in der Ausländerfeindlichkeit. So würden 80% der REP-Wähler das Problem der Arbeitslosigkeit durch Vertreiben der Ausländer für gelöst halten. Gefordert werden deutsche Arbeitsplätze und deutsches Geld. Wer nicht zuerst an Deutschland

denke, sei deutschfeindlich, im Programm der REPs: "inländerfeindlich".

Die Ausländerfeindlichkeit zielt nicht nur gegen Ausländer, sondern auch darauf ab, alle Linken und Demokraten angreifbar zu machen: Demokratie ist volksschädlich, Faschisten konstruieren eine permanente "Bedrohungssituation". Gegen die Gefahr eines "Gewerkschaftsstaates" schreibe ein R. Hepp aus Osnabrück: "Das Volk wird dabei kaputtgemacht, es verliert seine nationale Identität. Als Schutz brauchen wir Unfreiheit für Liberalisten". Die Diktatur ist gegen alle volkszerstörerischen Tendenzen nötig. In diesem braunen Grundkonzept sind sich FAP bis DVU einig.

Auch die REPs seien gegen Gleichheit. Sie forderten den Artenschutz für Völker und wollten innenpolitisch die Linke an die Wand stellen.

Nach den beiden einleitenden Beiträgen gab es eine erste Diskussionsrunde im Publikum, dann nahmen erneut die Referenten Stellung, diesmal begann Meyer:

Nach den Europawahlen schrieb die "Welt" zu den REPs: Ihr Einzug ins Parlament sei ein Zeichen von Normalität, man könne sie gewähren lassen. Wenn die "Welt" so etwas schreibe, sei das nicht verwunderlich, wenn aber ein Linker wie Stratmann dies behauptete, sei natürlich die Verwunderung groß. Falsch an dieser These sei, daß von einem "faschistischen Einstellungspotential" als unveränderbarer Größe ausgegangen werde. Dies sei nicht zutreffend. Vielmehr sei durch politische Bewegung auf dieses "Potential" Einfluß zu nehmen. Weiterhin sei die Vorstellung von einem

"neutralen Staat" falsch. Daraus resultiere, daß man rechts und links gleich setze. Fazit:

Wer nicht verbieten will, muß gewähren lassen. Gefordert wird eine formale Toleranz, die nicht nach den Inhalten fragt. Dagegen stellt Meyer: Nötig ist das Ringen um einen demokratischen Staat, aber als Frage der Inhalte und nicht der Spielregeln. Nazis raus bedeute: Keine legalen Entfaltungsmöglichkeiten für faschistische Organisationen. In der faschistischen Ideologie ist die Akzeptanz des Terrors angelegt, auch wenn er heute noch nicht auf breiterer Front und von allen neofaschistischen Organisationen betrieben würde.

In seiner "Erwiderung" fiel Stratmann merklich ab, polemisierte gegen Meyers "faszinierende" analytische Aussagen, qualifizierte eine Diskussionsteilnehmerin ab, weil sie Zitate in ihrem Redebeitrag nicht belegt hatte, spielte sich als "marxistisch inspiriert" auf, der "Belehrungen" über die "Klassengesellschaft" BRD nicht benötige, versuchte Stimmung zu machen, indem er von einem Versuch anderer Grüner berichtete, gegen ihn ein Parteiausschlußverfahren anzustrengen. Auch diese natürlich Leute vom Schlage der "Nazis raus"-

Schreier. Als Gegenargument gegen Meyers Ausführungen fiel ihm aber nur ein, daß nicht alle REP-Wähler als Faschisten bezeichnet werden könnten und deshalb die REPs auch nicht faschistisch seien.

Nunja, so denken sicher viele, aber mit dem gleichen Argument müßte man auch die NSDAP von einem bestimmten Zeitpunkt an als demokratisch bezeichnen, als sie zum Beispiel mehr als 10 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte. In gewissem Sinn stand diese Veranstaltung exemplarisch für die Auseinandersetzungen, die zur Zeit in der antifaschistischen Bewegung anlaufen und sich noch weiter ausdehnen werden.

PROF. PFEIFENBERGER:

FRONTKÄMPFER FÜR SÜDAFRIKA

Am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Münster/Steinfurt lehrt der Politologe Prof. Werner Pfeifenberger, der ganz offen als Sprachrohr des Apartheidsystems auftritt. Nach eigenen Angaben versteht Pfeifenberger sich als "Frontkämpfer für Südafrika". Das Rektorat, der Dekan des Fachbereichs Sozialwesen, die übrigen Gremien der Fachhochschule sehen jedoch ebensowenig Handlungsbedarf wie die SPD-Landesregierung. Skandal!

Bis 1972 hatte Pfeifenberger eine Lehrauftrag an der Uni Münster. Schon damals protestierten StudentInnen und einige DozentInnen gegen Pfeifenberger, denn er lehrte dort für einen ausgewählten Kreis von StudentInnen die Burensprache "Africaans". "Africaans" ist die Sprache der weißen Paß- und Polizeibehörden und wird von den Schwarzen rigoros abgelehnt.

1978 sorgte Pfeifenberger für Unruhe an der Fachhochschule. Er bestellte für die Bibliothek des Fachbereichs Sozialwesen etwa 50 eindeutig faschistische Bücher, Machwerke wie die "Auschwitzlüge", Bücher, die die faschistischen Völkermorde in den KZs bestreiten und behaupten, all die Ermordeten seien eines natürlichen Todes gestorben. Ein Teil davon steht noch heute in der Fachbereichsbibliothek, ein anderer Teil wurde vom damaligen Bibliothekspersonal beseitigt. Nachdem die skandalöse Buchbestellung bekannt wurde, behauptete Pfeifenberger in einem Schreiben an den Fachbereichsrat, er könne sich nicht mehr genau erinnern, welche Bücher er bestellt habe, und schob die Schuld dem Bibliothekspersonal in die Schuhe. Im Sommersemester 1980 bot Pfeifenberger ein Seminar an, das er schon an der Uni durchführte, bevor ihm der Lehrauftrag gekündigt wurde. In diesem



Nachdem Pfeifenberger der Lehrauftrag an der Uni gekündigt wurde, wechselte er zum Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule. Diesen Wechsel hat er wohl nie richtig verkraftet, denn bis 1985 gab er überall, wo er auftrat, an, er käme von der Universität.

Seminar referierte er über die Erfolge der Weißen beim Aufbau Südafrikas, ergriff eindeutig Partei für die Apartheidspolitik und vermittelte den StudentInnen Kenntnisse über die Burensprache Africaans, die Sprache der Unterdrückten. Das Seminar wurde dann mit

einer Exkursion nach Südafrika- inklusive kostenlose Unterbringung bei Pfeifenberger bekannten weißen Farmern - abgeschlossen. Entgegen den Sanktionsbeschlüssen der UNO, keinen wissenschaftlich-technischen Austausch mit Südafrika zu betreiben, nahm Pfeifenberger auf eigenen Wunsch eine Gastprofessur an der südafrikanischen weißen Elite-Universität Stellenbosch, ca. 30 Kilometer von Kapstadt entfernt, an.

die verschiedenen schwarzen Stämme nicht gegenseitig an die Gurgel gingen. Unter der "weisen" Führung der Weißen würde jede/r für sich seine/ihre nationale Entwicklung durchmachen. Daß die Politik Pretorias bei der Mehrheit der Schwarzen auf immer erbitterteren Widerstand stößt, stört Pfeifenberger wenig. Da sieht er nur böse Kommunisten, Terroristen und Handlanger Moskaus am Werk, die den guten Botha - der Südafrika zu einem Rechtsstaat machen wolle-



Prof. Pfeifenberger: »...das ist Aufgabe der Polizei in jedem Lande.«

Ein großer Teil der bestimmenden Figuren des Rassistenregimes ist durch diese Universität gegangen. In Stellenbosch wurde Pfeifenberger Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft. Kanzler dieser Universität ist Staatschef Botha selber. Der Rektor steht noch rechts von Botha. Er gehört zu den "Kaffernhasern", denen die Politik Bothas viel zu "liberal" ist. Als 1985 einige StudentInnen der Universität den Wunsch äußerten, mit VertreterInnen der Befreiungsbewegung "ANC-Youth-League" zu sprechen, wurde ihnen dies von Botha und dem Rektor verboten, und ihre Pässe wurden ihnen entzogen.

Es ist keine Frage, was für eine Politik Pfeifenberger unterrichtet hat und welches Politikverständnis er hat. Der Rektor der Uni Stellenbosch wird wohl keinen herzlich einladen, da er ein demokratisches Bewußtsein für die gerechtfertigten Forderungen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit hat.

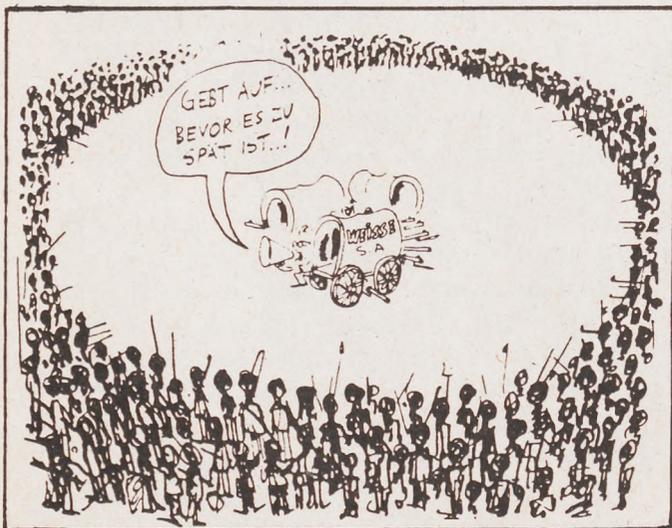
Die Politik des südafrikanischen Rassistenregimes wird von Pfeifenberger als das für die Schwarzen am besten verteidigt, denn Botha sorgt dafür, daß sich

in seinem für die Schwarzen und für die Demokratie so aufopferungsvollen Arbeiten stören wollen. Deswegen ist auch die blutige Unterdrückung von Aufständen gerechtfertigt. Aufgabe der Polizei und der "Sicherheitskräfte" sei nun mal, "Recht und Ordnung" herzustellen (O-Ton Pfeifenberger). Entschieden wendet er sich gegen das "düstere Bild eines Polizeistaates". Diejenigen, die dies behaupten, seien "Opfer der dummen Fernsehpropaganda".

Bei einem solchen Bild der südafrikanischen Verhältnisse ist es nicht verwunderlich, wenn Pfeifenberger gern von den südafrikanischen Konsulaten in Bonn und Wien als "ihr Vertreter für Südafrika-Veranstaltungen" in der BRD, Österreich und in der Schweiz benannt wird. Gelitten ist er auch bei der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft DSAG. Die DSAG unterhält beste Verbindungen zu den Wirtschaftsverbänden der BRD und hat in der Vergangenheit mit dem "günstigen Investitionsklima" in Südafrika geworben. Sie ist ein mit direkter Unterstützung der südafrikanischen Botschaft arbeitender Werbever-

ein für das weiße Südafrika. Ihr Ziel ist es, den zunehmenden Protesten gegen die Apartheid entgegenzuwirken und ein "wahres Bild" der südafrikanischen Verhältnisse zu zeichnen. Die DSAG unterhält ferner gute Kontakte zum Wirtschaftsrat der CDU, zur rechtskonservativen Partei der "Republikaner" und zu neofaschistischen Organisationen wie der NPD, der FAP und dem "Ring freiheitlicher Studenten". Der "Ring freiheitlicher Studenten" in Münster druckte vor einigen Jahren einen Artikel des Kreisvorsitzenden der DSAG Münster, Olaf Otto Dillmann, über Namibia ab. Dillmann ist der DSAG-hard-liner in Sachen Rassentrennung. Der "Ring freiheitlicher Studenten" unterhält auch beste Kontakte zu verschiedenen Burschenschaften. Übrigens ist auch der Kanzler der Fachhochschule, Michatsch, Mitglied der Burschenschaft "Franconia". Erklärt sich so das Schweigen der Führungsspitze zum Problem Pfeifenberger?

Mittlerweile hat sich eine breite Front gegen Pfeifenberger gebildet: zahlreiche GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, Gruppen aus der Friedens- und der Solidaritätsbewegung im In- und Ausland, Jusos, Grüne und DKP fordern in einem Aufruf vom Wissen-



schaftsministerium und der Führung der Fachhochschule die sofortige Entlassung Pfeifenbergers. Diese Forderung wird von Hunderten von StudentInnen der Fachhochschule unterstützt.

APARTHEID



Nach wie vor sehen Rektorat und SPD-Landesregierung aber keinen Handlungsbedarf. Mit formalen Argumenten, man sei gegen Berufsverbote und für Wissenschaftsfreiheit, werden die Argumente der KritikerInnen Pfeifenbergers abgetan.

Den Studierenden am Fachbereich Sozialwesen bleibt als schärfstes Kampfmittel der Boykott seiner Veranstaltungen. Dieser dauert schon vier Jahre. Selbst im vorletzten Semester, als Pfeifenberger 3/4 aller politikwissenschaftlichen Veranstaltungen anbot, und eindeutig prüfungsrelevanten Stoff abhandelte, ging der Boykott seiner Veranstaltungen weiter.

StudentInnen aus höheren Semestern boten Alternativseminare und autonome Arbeitsgruppen zur Prüfungsvorbereitung an. Auch Leute, die hieran teilnahmen, bestanden die Fachprüfung in Politikwissenschaft. Welche Berechtigung hat Pfeifenberger eigentlich noch, sich

als Dozenten zu bezeichnen und monatlich mehrere tausend Mark Professorengehalt zu kassieren angesichts der Tatsache, daß seine Veranstaltungen boykottiert werden und sich zahlreiche StudentInnen den Prüfungsstoff autonom erarbeiten?

Das Rektorat und das Dekanat Sozialwesen reagieren auf den anhaltenden Boykott Pfeifenbergers mit zunehmender Diffamierung und politischem Rufmord gegen die zum Boykott aufrufenden StudentInnen und Organisationen. Da wird der Boykott als "undemokratisch" bezeichnet, GegnerInnen Pfeifenbergers mit Faschisten auf eine Stufe gestellt und Flugblätter des AStAs der Fachschaft Sozialwesens, der GAL und der hochschulpolitischen Gruppen auf Anweisung des Rektorats eingesammelt, "weil ,die sind gegen die NPD, Südafrika, und so" (O-Ton eines Verwaltungsmitarbeiters).

Nichts wird dagegen von Seiten des Rektorats unternommen, um die Verbreitung der neofaschistischen Zeitung "Junge Freiheit" und rechtsradikaler Aufkleber an der Fachhochschule zu unterbinden.

Von Seiten des Allgemeinen Studentenausschusses ist geplant, den "Fall Pfeifenberger" breit in die Öffentlichkeit zu tragen, um Druck auf die SPD-Landesregierung und die Hochschulspitze auszuüben.



Zu dem Fall gibt es eine Broschüre, die kostenlos über den AStA der Fachhochschule zu beziehen ist. Die Adresse: AStA FH Münster/Steinfurt, Correnstr. 25, 4400 Münster.

Protestschreiben sind zu richten an: Anke Brunn, Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Postfach ,4000 Düsseldorf

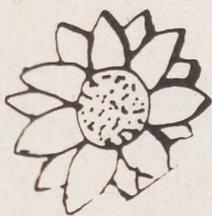
Dr. Peter Schulte, Rektor der FH Münster/Steinfurt, Hüfferstr. 27, 4400 Münster

Karl-Heinz Grohall, Dekan des Fachbereichs Sozialwesen, Hüfferstr. 27, 4400 Münster

Kopien der Protestschreiben bitte an den AStA.

ANZEIGE

Sonnenblume



Spirigstr. 2
am Hauptbahnhof



Künstliche Milchprodukte

...täglich frisches Brot & Brötchen

Gemüse und Obst aus biologischen Anbau...



Montags bis Freitags: 9-18 Uhr
Samstag: 9-13 Uhr



Naturkost



»NAZIS RAUS« - ABER WO HIN?

Unter diesem Motto fand am 17. August im Dortmunder Keuninghaus eine Diskussionsveranstaltung von GRÜNEN und DOLL (Dortmunder Linke Liste, ein Wahlbündnis, was vor allem von Deutscher Kommunistischer Partei, DKP, und Vereinigter Sozialistischer Partei, VSP, getragen wird) statt.

Gekommen waren zu dieser Veranstaltung rund hundert Leute, wobei alle wesentlichen Positionen des "linken Spektrums" vertreten waren.

In einem 20minütigen Referat trug ein Vertreter des FORSA-Instituts die Ergebnisse des Gutachtens seines Meinungsforschungsinstituts zu den Europawahlen 1989 in Dortmund vor, wobei insbesondere die Befragung von Wählern der REPUBLIKANER ausgewertet wurde.

Speziell im Dortmunder Norden hatten REP und DVU 9,5% der Stimmen bekommen (im Dortmunder Durchschnitt: 5,9%) und dabei nicht unerhebliche Einbrüche in traditionell sozialdemokratische Wählerkreise verbuchen können. In Prozentpunkten ausgedrückt stellten ehemalige SPD-Wähler sogar den größten Anteil der REP-Wähler dort.

Der Dortmunder Norden umfaßt ein hohes Potential an Konfliktstoffen, die von den REPs im Wahlkampf "ausgeschlachtet" wurden, wie zum Beispiel Lang-

zeitarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, hoher Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung. Die von der SPD regierte Stadt hat zur Behebung des Konfliktpotentials bisher wenig beigetragen. Obgleich die SPD die Rechte unserer ausländischen Mitbürger nur sehr halbherzig vertritt, führt diese Partei nunmehr ihre Verluste vor allem auf ihr Eintreten für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer zurück und hat zugleich in ihren Reihen den Spielraum für Kritik an eben diesem Wahlrecht erweitert, um "verprellte" Wähler "zurückzuholen".

Die FORSA-Studie liefert einen Hinweis darauf, daß die REPs einen beträchtlichen Stimmengewinn gerade unter der benachteiligten deutschen Bevölkerung und hierbei insbesondere auch unter - überwiegend männlichen Jugendl-

chen erzielen konnten.

Beim Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze neiden viele junge Leute nicht nur Ausländern, sondern auch weiblichen Beschäftigten deren Arbeitsplätze. Und da sie den Kapitalismus nicht in Frage stellen, wirken bei ihnen faschistische Parolen, die die Frau verstärkt an die Mutterrolle binden und aus dem Arbeitsleben entfernen wollen, ähnlich "überzeugend" wie "wohlmeinende Ratschläge" der Faschisten an ausländische Mitbürger, gefälligst in "ihren Kulturkreis" zurückzukehren, verbunden mit dem "Angebot", solchen "Ratschlägen" durch weitere Entrechtung der "Angesprochenen" Nachdruck zu verleihen. Die von den Faschisten propagierte "Volksgemeinschaft" beruht eben darauf, die Unterordnung der Nichtbesitzer an Pro-



duktionsmitteln unter die Belange der Produktionsmittelbesitzer durch Zwietracht und Neid der Unterprivilegierten untereinander aufrechtzuerhalten.

Aufgabe der Antifaschisten muß es sein, Perspektiven für einen Kampf gegen diese faschistische Volksgemeinschafts-Ideologie und die damit verbundene Ersetzung des Klassenkampfes durch

FORSA-Studie:

"Die Rechtsparteien wurden bei der Europawahl im Dortmunder Norden eher von Frauen als von Männern gewählt. Unter 45-Jährige waren in gleichem Maße vertreten wie über 45 Jahre Alte. Der Bildungsstruktur der gesamten Gegend entsprechend, finden sich unter den Rechtswählern überwiegend Wähler mit Volks- oder Hauptschulabschluß. Unter den gesamten Rechtswählern sind Erwerbstätige leicht überrepräsentiert, Arbeiter finden sich hingegen etwas weniger häufig als im Bevölkerungsdurchschnitt. Von dieser allgemeinen Struktur weichen die von der SPD stammenden Wähler rechter Parteien in einigen Punkten ab: So sind unter ihnen mehr Frauen als im Durchschnitt der Rechtswähler vertreten, eher über 45-Jährige, dafür weniger Erwerbstätige. Verglichen mit dem Durchschnitt aller Rechtswähler sind unter den abgewanderten SPD-Wählern mehr Arbeiter."

freiwillige Unterordnung unter die Belange des Kapitalismus zu entwickeln. Vertreter der GRÜNEN erklärten auf der Veranstaltung vom 17.8. denn auch, daß Faschismus seinen Nährboden in den hierzulande bestehenden ungelösten Problemen - vor allem der Arbeitslosigkeit, aber auch der Umweltverschmutzung - habe und in dem Maße verschwinden werde, wie diese Probleme gelöst werden. Ihre Argumentation läßt sich zugespitzt so charakterisieren, daß der antifaschistische Kampf vor allem im Bemühen um die Lösung dieser Probleme bestehen müsse und im Bemühen um Aufklärung derjenigen, die den "ewig gestrigen" Parolen auf den Leim gingen. Da die Wählerschaft der Faschisten vor allem in benachteiligten Gruppen zu suchen seien, sahen sie in der Forderung nach einem Verbot der Nazis keine sinnvolle Politik. Ein Vertreter der GRÜNEN wandte sich dezidiert gegen die Charakterisierung der Faschisten als Vertreter des offenen Terrors gegen die Arbeiterklasse im Interesse der besonders aggressiven Kreise des Monopolkapitals, da diese "veraltete" Vorstellung der Kommunisten höchstens auf den Faschismus an der Macht anwendbar sei, nicht aber auf die kleinen faschistischen Randgruppen hierzulande. Dem wurde von Vertretern der DOLL und auch von anwesenden MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands)-Vertretern entgegengehalten, daß der von den GRÜNEN vertretene "Antifaschismus" auf eine Vertagung

des Kampfes gegen den Faschismus auf den St.Nimmerleins-Tag bzw. auf den Tag der sozialistischen Revolution hinauslaufe. Sie bestanden darauf, daß die von den GRÜNEN als veraltet bezeichneten Positionen - einschließlich der Forderung nach einem Verbot faschistischer Organisationen - keineswegs bereits deswegen überholt seien, weil ihnen bisher wenig Erfolg beschieden gewesen sei. Gedanken müsse man sich allerdings darüber machen, wie und mit welcher politischen Stoßrichtung



IMPRESSUM

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die etwa alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Tschentscher, Börster Weg 36, 435 Recklinghausen

Redaktionsanschrift: AntifaZ, Deutsch-Türkischer Verein Recklinghausen e.V., Am Steintor 5, 435 Recklinghausen

Redaktionssitzung: Mittwochs 17.00 Uhr, Haus des Deutsch-Türkischen Vereins

Bankverbindung: Stadtparkasse Recklinghausen, BLZ 426500, Konto Nr. 100022938

Auflage: 500

Mitgewirkt haben: Carsten, Wolfgang E., Wolfgang K., Eckhard, Ingrid, Thorsten, Falko, Antje, Klaus, Petra und Sieglinde

Druck: Druckwerk, penningskamp 2a, 46 Dortmund 30



Republikaner Schönhuber, Schrenck-Notzing

dieser Kampf auf eine neue Stufe gestellt werden könne.

Die von Vertretern der GRÜNEN belächelte Parole "Nazis raus!", die sie polemisch als einen Ausdruck des "hilflosen Antifaschismus" hinstellten, zielen nicht darauf ab, Menschen faschistischer Gesinnung außer Landes zu treiben (wie diese es mit Menschen nicht-deutscher Herkunft tun wollen). Sie zielen dagegen darauf ab, faschistische Positionen in der Öffentlichkeit zu ächten. Es sei notwendig, Demarkationslinien zu errichten, die niemand überschreiten dürfe, ohne in Gefahr zu geraten, sich dem Faschismusvorwurf auszusetzen. Dies sei angesichts der realen Gefahr eines reaktionären Formierungsprozesses notwendig, bei dem mit einer Bündnisfähigkeit der REPUBLIKANER geliebäugelt werde, indem man ihren faschistischen Charakter leugne. Sollte es den Faschisten gelingen, in den Bundestag einzu-

ziehen, werde die Gefahr erheblich wachsen und sich besonders unheilvoll auf die von Faschisten bedrohten Minderheiten auswirken.

Das Menschenrecht, daß niemand aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse, Nationalität, Religion oder zu einem bestimmten Geschlecht diskriminiert werden darf, muß auf allen Ebenen der politischen Auseinandersetzung verteidigt werden. Wer das Menschenrecht außer Kraft setzen will, soll für eine jedem demokratischen Verständnis hohnsprechende Programmatik nicht auch noch das Parteienprivileg oder gar eine Abgeordneten-Immunität in Anspruch nehmen und sich so über strafrechtliche Ahndung solcher krimineller Positionen (wie z.B. Volksverhetzung) hinwegsetzen dürfen. Es geht wirklich um die Frage, woher der Wind weht. An einem offensiven Vor-

gehen gegen den Faschismus, der in Form der REPs geschicktere Methoden der Etablierung faschistischen Gedanken-"guts" entwickelt (etwa wenn Schönhuber die Lacher auf seine Seite zu ziehen versteht, indem er erklärt, er sei kein Antisemit, aber er könne auch nicht darauf verpflichtet werden, Galinski zu lieben), komme man - so ein DOLL-Vertreter - schon um der Solidarität mit den Bedrohten willen, die Anspruch auf Schutz haben, nicht vorbei.

Der Gedanke der Errichtung solcher Demarkationslinien in der Öffentlichkeit konnte an diesem Abend erst in Umrissen vorgestellt werden. Ihn auszubauen, dürfte dem antifaschistischen Kampf allerdings neue Perspektiven eröffnen. Man kommt dem Faschismus nicht dadurch bei, daß man seine Anhänger zu bloß Verführten erklärt und pädagogisch wohlmeinend das asoziale Element ihrer Haltung entschuldigt. Angebracht ist hier vielmehr eine politische Stoßrichtung, die geeignet ist, die faschistischen Positionen gesellschaftlich zu ächten und ihre Verfechter zu diskreditieren.



DER "CHRIST" KARL CHABORSKI IN HERNE

Der christliche Glaube ermöglicht bisweilen offenbar auch recht merkwürdige Gedankengänge. Den braven "Christen" Karl Chaborski ließ es jedenfalls nicht ruhen, daß im Frühjahr die Evangelische Kirchengemeinde in Wanne ein Plakat gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit mitherausgegeben hatte. Motto dieses Plakats war: Die Ausländer bleiben hier. Für Chaborski Grund genug, mit "Bibelzitate"

aus "christlicher" Sicht den Nachweis zu führen, daß solche "Ausländerfreundlichkeit" nur Satanswerk sein kann. So schreibt er wörtlich: "Um wieviel mehr droht dem Christentum die Gefahr fremder Lehren und Götter durch den Islam (Mohammeds Lehre), die rücksichtslos sind: vorwiegend im Völkergemisch! (Esra 9, 11-12)." Außerdem wollen die fremden Völkergruppen unter sich leben, mit der

Absicht: Deutsche raus! Genauso wollen die "anständigen Deutschen" -naturverbunden mit ihrer Heimat in ihrem rechtmäßigen Vaterland-gottgemäß leben. Logischerweise haben die fremden Völker und die abenteuerlichen Scheinasylanten mit Betrugsabsichten auf dem überfüllerten deutschen Boden nichts verloren und haben in ihre weiten Herkunftsländer nach der "Rechts-



„Hosianna“ — Hilf doch! Eine Gemeinde vor dem Prediger. Gut möglich, daß künftig REP-Leute die Kniebundhose gegen den Talar tauschen, ihre segensreiche Botschaften in Gottes Worte zu kleiden.

Foto: Christian Schulz

Grundsatzordnung Gottes" zurückzugehen oder heimzukehren. Ungeistliche, außergewöhnliche und anormale Experten, die die "göttliche Ordnung" in Ausländerfeindlichkeit verzaubern und verdrehen, befinden sich in der Ausländermühle des "Antichristen und des falschen Propheten", die vom Gegner Gottes, dem Drachen, der alten Schlange und Satanas, dem Durcheinanderbringer, in Betrieb gesetzt wurde (1. Mose 6, 1-7) und vom Ungeist des Zeitgeistes vorangetrieben wird (Offb. 17, 1.15).

Zweifellos ist das Völkergemisch des vorstehenden exotischen (fremdartigen) Hurengeistes ein Kartenspiel des Teufels (Luzifer) - um die Völker durcheinanderzubringen, unkenntlich zu machen und auszulöschen. Die physische Zucht hat der göttlich-geistigen Zucht stets zu folgen. Dazu sagt Gottes Wort: Nehemia 13, 27: "Und von euch muß ich das hören, daß ihr solch großes Übel tut,

euch an unserem Gott zu vergreifen und ausländische Weiber zu nehmen..."

Im Gegensatz zu der vorstehenden Illustration des links-radikalen Zeitgeistes, der wie "Sodom und Gomorra" lebt (1. Mose 18, 20 - 21; 19, 23 - 26) und der Bonner Parteien, die immer-mehr und weiter in die Unordnung Luzifers abirren oder sich vorsätzlich ihr/ihm zuwenden, vertritt und erfüllt die "Deutsche Volksunion (DVU), unter Herr Dr. Gerhard Frey" die Richtlinien der "göttlichen Rechts-Grundsatzordnung, der Schöpfungsgeschichte und des Naturgesetzes" nach dem Willen Gottes.

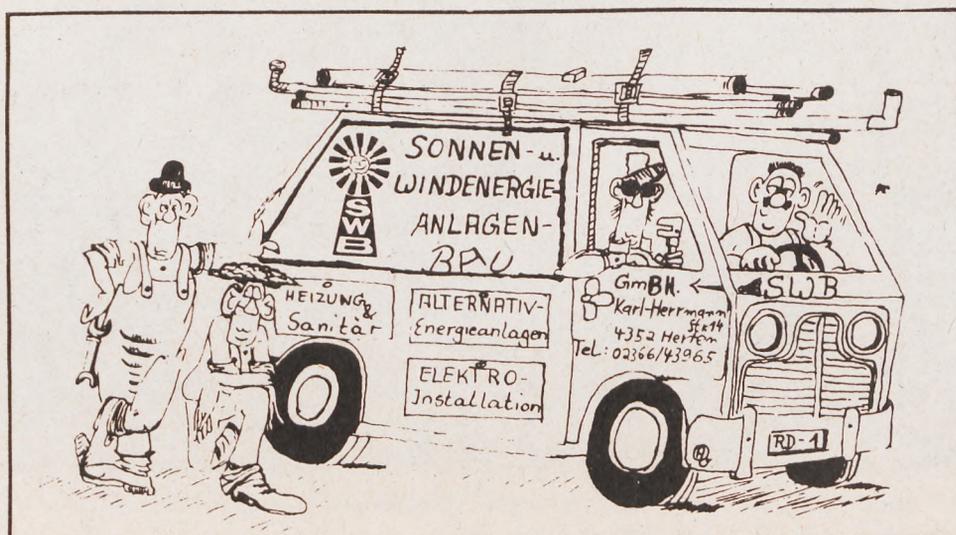
Unter dieser göttlich-biblich-politischen, geistigen und natürlichen Voraussetzung kann nur betend empfohlen werden, notwendigerweise die "Deutsche Volksunion (DVU) unter der Leitung des Herrn Dr. Gerhard Frey" zu wählen.

Wir wollen diesem "christlichen" Faschis-

mus des Herrn Karl Chaborski aus Herne ebenfalls mit einem Bibelzitat antworten:

"Ich bin ein Fremdling gewesen, und ihr habt mich nicht beherbergt. Ich bin nackt gewesen, und ihr habt mich nicht bekleidet. Ich bin krank und gefangen gewesen, und ihr habt mich nicht besucht. Da werden sie ihm auch antworten und sagen: Herr, wann haben wir dich gesehen hungrig oder durstig oder als einen Fremdling oder nackt oder krank oder gefangen und haben dir nicht gedient?"

Dann wird er ihnen antworten und sagen: Wahrlich, ich sage euch: Was ihr nicht getan habt einem unter diesen Geringsten, das habt ihr mir auch nicht getan. Und sie werden in die ewige Pein gehen, aber die Gerechten in das ewige Leben." (Matthäus 25, 43-46).



GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT UND INTOLERANZ

aufruf bundesdeutscher musiker 1989

Begriffe wie „Entartete Musik“, Fremdenhaß und Schuldzuweisungen an Minderheiten liegen, wie uns gerade die deutsche Vergangenheit lehrt, eng beisammen. Die Wahl der sogenannten „Republikaner“, die „Europa zum Beben bringen wollen“, in den Berliner Senat, die Hexenjagd auf einen Frauenarzt aus Memmingen, der sich nichts anderes zu Schulden kommen ließ, als Frauen zu helfen, die keine Möglichkeit mehr sahen, ihren Kindern eine menschenwürdige Zukunft zu bieten, und viele andere Beispiele zeigen ganz klar die Gefahr, von unserer eigenen Vergangenheit wieder eingeholt zu werden.

Viele unserer Mitbürger und Freunde haben vielleicht schon einmal gedacht: „Wenn die Zeichen noch einmal deutlich sichtbar werden, verlassen wir einfach dieses Land!“ Aber lieben wir heute nicht dieses Land? Lohnt es sich nicht dafür zu kämpfen, daß die Diktatur der Intoleranz nicht noch einmal unseren Lebensraum geistig und materiell in Schutt und Asche legt? Gefängnisse jeder Art dürfen nicht zu Wohnräumen der Menschen werden.

Gerade die Liebe zu unserem Rock'n'Roll, der während einer dunklen Zeit der amerikanischen Geschichte, der McCarthy-Ära, in den 50ern als Protest-Bewegung der Jugend entstand, verpflichtet uns, laut und deutlich auszusprechen, was wir denken.

Deshalb: Laßt uns miteinander unsere Musik machen, damit sie uns nicht eines Tages vorschreiben, welche Musik wir für welches Publikum zu machen haben.

Wenn Musiker aus aller Welt, also überwiegend Ausländer, auf einer weltweiten

Tournee mit Amnesty International für Freiheit und Menschenrechte eintreten, andere zusammen mit unseren schwarzen Kollegen aus Afrika gegen Apartheid Musikfront machen, dann sind wir Musiker aus Deutschland verpflichtet, beim geringsten Aufkeimen ewig gestriger Ideologien eindeutig für Freiheit und Menschlichkeit Stellung zu beziehen. Das gilt für jeden von uns: für den Musiker, der vor Tausenden in großen Hallen spielt; für den, der in Clubs oder Freizeitheimen auftritt; und für den, der für seine Freunde einfach zur Gitarre greift. Jeder von uns ist jetzt aufgerufen, klar Stellung zu beziehen, denn es kommt auf jeden an, der dann folgen wird.

Dieser Aufruf wurde von der Zeitschrift „Sound-Check“ in ihrer Mai-Ausgabe veröffentlicht. Bisher haben unterzeichnet: Alphaville, BAP, Franz Benton, Philip Boa, M. Brehmen (Quartetto), Francis Buchholz (Scorpions), Carl Carlton, Wolfgang Dauner, Franz-Josef Degenhardt, Frank Diez, Bertram Engel, Bela B. Felsenheimer (Die Ärzte), Lisa Fitz, J. Fletcher (Quartetto), Herbert Grönemeyer, Nina Hagen, Anne Haigis, Matthias Jabs (Scorpions), George Kranz, T. Ketschmer (Quartetto), Kristina Levy, Udo Lindenberg, Peter Maffay, Manfred Maurenbrecher, Klaus Meine (Scorpions), Reinhard Mey, Barney Murphy (Spider Murphy Gang), Marius Müller-Westerhagen, Jule Neigel Band, Rainbirds, Hermann Rarebell (Scorpions), Rudolf Schenker (Scorpions), Wolfgang Schmid, Ole Seelenmeyer (Deutscher Rockmusikerverband), Günther Stigl (Spider Murphy Gang), Dieter Süverkrüp, Franz Trojan (Spider Murphy Gang), Farin Urlaub Vetter (Die Ärzte), Paul Vincent (Quartetto), Konstantin Wecker, Ron Williams, Zed Yago, Jürgen Zeltinger.

**Briefe
an
die
Redaktion
SIND ERWÜNSCHT !!**

WAS HABEN DIE KUMPELS VON DEN REPUBLIKANERN ZU ERWARTEN?

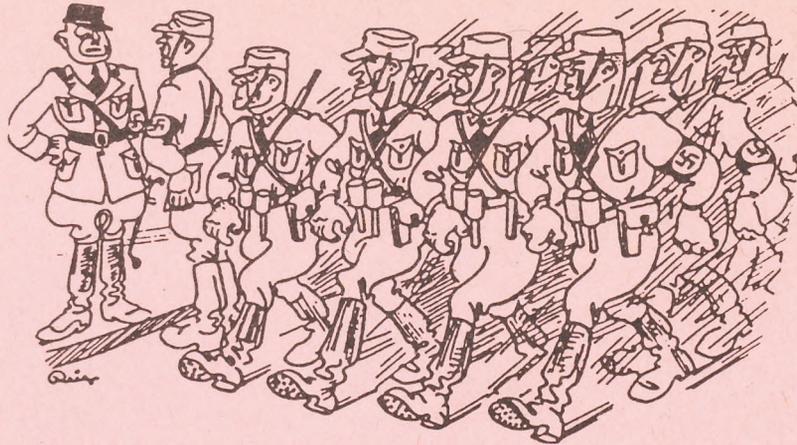
Bei den Europawahlen erzielten die Republikaner in einigen Bergarbeiterwahlbezirken in Recklinghausen mehr Stimmen als durchschnittlich in der Stadt. So an der Dortmunder Straße, besonders aber in Hochlar-mark.

Offensichtlich versprechen sich einige Kumpel von den Republikanern etwas, es ist klar, daß viele auf die ausländerfeindlichen Parolen abfahren. In diesen Wohngebenden wirken die SPD-Rechten um Nigge-meier und Marmulla. Was aber haben die Kumpels wirklich von den Republikanern zu erwarten? Hier sollte man sich einmal deren geplante Wirtschafts- und Sozialpolitik ansehen. Sie fordern mehr Privateinsatz und starken Staat, Förderung des Unternehmertums und des Mittelstandes. Die Sicherung von Arbeitsplätzen wird man aber vergeblich suchen. Die Arbeiter sollen sich gefälligst in die "Leistungsgemeinschaft" eingliedern, die Republikaner wollen auf "ihrer Bereitschaft zum Wechsel der Beschäftigungsart bestehen,...und ein Recht auf Beschäftigung bzw. Unterstützung mit der Pflicht zur Arbeit verbinden".

Kollegen, aufgepaßt:dies endete in der Nazizeit, die mit ganz ähnlichen Parolen beim Stimmenfang ihre Schatten voraus warf, bei der Arbeitspflicht in den Konzentrationslagern und dem Arbeitsdienst zur Kriegsvorbereitung!Und heute schon soll die "Privatinitiative" der Unternehmer von der "Leistung" der Kumpel profitieren - das ist der Sinn der "Leistungsgemeinschaft". Vor allem sollen die Arbeiter nicht eigene Forderungen erheben. Die Gewerkschaften sind den Republikanern ein Dorn im Auge. Sie sollen sich auf "das Wohl der Arbeitenden und das Gedeihen ihrer Arbeitsstätten beschränken und den Preis der Arbeit im Sinne des gesamten volkswirtschaftlichen Vorteils behandeln".

Damit ist natürlich jeder Lohndrückerei Tür und Tor geöffnet, denn das "Gedeihen der Arbeitsstätten" und der "gesamte volkswirtschaftliche Vorteil" sind leicht auszumachen für die Kapitalisten und die Regierung:niedrige Löhne, längere Maschinenlaufzeiten, Abbau der sozialen Lohnnebenkosten, Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Dies alles sind Dinge, die wir von der CDU/FDP-Regierung auch schon gehört haben. Die Republikaner setzen noch eins drauf, indem sie noch mehr Zwang gegen die Interessen der Arbeitenden einsetzen wollen, mit dem Ziel der "Verweigerung asozialer Ansprüche auf Kosten der Leistungswilligen und zukünftiger Generationen".





Davon, daß sich etwa Dividenden und Gewinne dem Wohl der Arbeitenden unterordnen sollten, ist natürlich nichts zu finden, im Gegenteil. Rentner, Arbeitslose, Kumpel mit niedrigen Lohngruppen, Frauen mit wenig Einkommen werden noch mehr spüren, daß sie ja von den "Leistungswilligen" ausgegrenzt sind, wenn es ans Zahlen geht.

Selbständige, auch politische Forderungen der Gewerkschaften über Tarife, Arbeitszeitregelungen, Sozial- und Arbeitsgesetze als Ausdruck der Bedürfnisse und des Willens der Arbeiter und Angestellten werden nicht mehr zugelassen, untergeordnet dem "gesamten volkswirtschaftlichen Vorteil".

Kumpel, diese Rattenfänger der Republikaner

wollen nur Deine Stimme in der Hoffnung, ihre Parolen zünden wegen einiger Probleme mit ausländischen Kollegen oder Aussiedlern. Ihre Politik ist aber gegen die gesamte Arbeiterschaft gerichtet. Das zeigen die nationalistischen und reaktionären Vorstellungen ihres Programms und ihrer Reden.

(Zitate aus dem Programm der Republikaner)



ANTIFAZ

6-Hefte Abo 18DM
Förderabo ab 25DM

ANZEIGENPREISLISTE

1/4 Seite	DM	30.-
1/2 Seite	DM	50.-
1/1 Seite	DM	100.-

17.AUGUST 1989 - 33 JAHRE

VERBOT DER KPD

Die KommunistInnen, die das Glück hatten, den Terror der Nazis zu überleben, wurden bereits fünf Jahre nach der Befreiung vom Faschismus erneut durch den Staat politisch verfolgt.

Um einem Teil von ihnen die ökonomische Existenz zu nehmen, erließ die Adenauer-Regierung am 19.September 1950 eine Verordnung, wonach Mitglieder der kommuni-

stischen Parteien sofort aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen waren.

Am 22. November 1951 stellte die Adenauer-Regierung einen Verbotsantrag gegen die KPD beim Bundesverfassungsgericht. Am 17.August 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Seit der Zeit des Verbotsantrages bis zum Ende

der sechziger Jahre wurden tausende von KommunistInnen mit politischen Prozessen verfolgt. Allein von 1960 bis 1966 wurden 57000 politische Prozesse geführt. Viele wurden verhaftet und ins Gefängnis gesteckt.

Bis heute wird KommunistInnen die Existenzgrundlage, zum Beispiel im öffentlichen Dienst, genommen!

Attatrol

Buchladen

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00

ANZEIGE



• Herner Str./Ecke Paulusstr
• 4350 Recklinghausen
• Tel. 02361-17002